

Piratenpartei Schleswig-Holstein Beschluss des Landesparteitages am 13.12.2009

„Keine Abschiebung von Roma ins Kosovo“

„Die Piratenpartei, Landesverband Schleswig-Holstein, fordert die Regierungen der Länder und des Bundes auf, auf Abschiebungen von Roma in den Kosovo zu verzichten, solange die Menschenrechte für die Minderheit der Roma im Kosovo nicht vollständig gesichert sind, wovon derzeit keine Rede sein kann.“

Begründung:

Nach dem Kosovokrieg kam es im Kosovo zu Ausschreitungen gegen die dort lebenden Roma in pogromartigen Ausmaßen, durch die tausende Roma vertrieben und zum großen Teil zur Flucht ins Ausland gezwungen wurden.

Die Situation für die im Kosovo verbliebenen Roma hat sich seitdem nicht wesentlich verbessert. Auf dem Papier sichert die Verfassung des inzwischen unabhängigen Kosovo den dort lebenden Minderheiten zwar Schutz zu, in der Realität wird dieser aber nicht gewährleistet wie Berichte von vielen unabhängigen Organisationen zeigen (Bericht des Menschenrechtskommissars des Europarats aus dem März 2009, Bericht von Amnesty International zur Abschiebesituation im Oktober 2009, Human Rights Watch im Bericht über Übergriffe auf Roma im Kosovo aus dem September 2009, Human Rights Watch Bericht im Januar 2009, Bericht des EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn aus dem November 2008 und viele weitere mehr).

Alle diese Organisationen berichten übereinstimmend von unhaltbaren Zuständen für Roma im Kosovo: Die Arbeitslosigkeit unter Roma ist extrem höher als im Rest der Bevölkerung und die Versorgung mit medizinischer Hilfe für die Roma ist nicht gewährleistet. Sehr viele Roma leben unter prekären Umständen in einem mit Bleirückständen verseuchten Gebiet und sehr viele Rückkehrer finden keine Behausung. Zusätzlich kommt es immer wieder zu rassistischen und gewalttätigen Übergriffen, auf die durch die lokalen Polizeibehörden nicht angemessen reagiert wird. Angesichts dieser Zustände hat der Menschenrechtskommissar des Europarates, Thomas Hammarberg, die europäischen Staaten dringend gebeten, auf zwangsweise erfolgende Abschiebungen zu verzichten, aber es steht zu befürchten, dass die Innenminister sich nicht an diese Empfehlungen halten werden.